



## GRUNDSATZPROGRAMM

*Für ein gerechtes, sicheres und freies Deutschland*

Mai | 2026

---

### Präambel: Wer wir sind

---

Deutschland braucht eine neue politische Kraft. Keine Partei der leeren Versprechen, keine Partei des Protests, keine Partei der Ideologie. Sondern eine Bewegung der Vernunft, der Bürger und der Lösungen.

Die Bürgerunion Deutschland steht für eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir sind pragmatisch, sozial verantwortungsvoll und national denkend - ohne nationalistisch zu sein. Wir sind weder rechts noch links im ideologischen Sinne. Wir sind die harte Mitte - mit klaren Positionen, ohne Extremismus.

Unser Grundsatz: Wer arbeitet, soll davon leben können. Wer Hilfe braucht, bekommt sie. Wer Regeln bricht, trägt Konsequenzen. Und wer zu uns kommt, integriert sich oder geht.

- Rechtsstaatlichkeit ohne Kompromisse
- Meinungsfreiheit als unveräußerliches Grundrecht
- Leistungsgerechtigkeit statt Umverteilungsideologie
- Sicherheit als Grundlage jeder Freiheit

- Integration statt Parallelgesellschaft
  - Deutschland first: Das Geld der Steuerzahler bleibt primär in Deutschland
  - Keine neuen Schulden - konsequenter Schuldenabbau
  - Eine starke aber schlanke staatliche Verwaltung
- 

## 1. Finanzierungsrahmen & Haushaltspolitik

---

**Dieses Programm macht Versprechen. Und es erklärt wie diese Versprechen bezahlt werden - ohne neue Schulden und mit dem klaren Ziel des Schuldenabbaus.**

### Säule 1: Umschichtung statt Neugeld

- Auslandszahlungen werden drastisch reduziert und auf Effizienz geprüft - nur was deutschen Interessen dient fließt weiter
- Waffenlieferungen werden auf den Prüfstand gestellt - Diplomatie hat Vorrang
- EU-Beiträge werden neu verhandelt - gerechtere Lastenverteilung als Ziel
- GEZ-Zwangsgebühren abgeschafft: Freiwilliges Abo-Modell
- Subventionsabbau: Jahrzehnte alte Subventionen ohne wirtschaftliche Grundlage werden gestrichen

### Säule 2: Effizienzgewinne durch Modernisierung

- Krankenversicherungsreform: Vereinfachung spart massive Verwaltungskosten
- Digitalisierung: Papierbasierte Verwaltung kostet ein Vielfaches digitaler Prozesse
- Bürokratieabbau: Jede gestrichene Vorschrift spart Vollzugskosten
- Personalabbau durch Digitalisierung: Natürlicher Abbau über Rentenabgänge

### Säule 3: Schuldenabbau als Verfassungspflicht

- Keine neuen Schulden - Schuldenbremse einhalten und verstärken
- Haushaltsüberschüsse werden zwingend zur Schuldentilgung verwendet
- Schuldenabbau ist Generationengerechtigkeit
- Investitionen nur ohne neue Schulden

### Grundregel der BUD-Haushaltspolitik

**Jede neue Ausgabe braucht eine benannte Gegenfinanzierung. Dieses Prinzip gilt für uns selbst genauso wie für alle anderen.**

---

### **Häufige Gegenargumente und unsere Antworten:**

***Gegenargument: Ohne konkrete Zahlen sind das leere Versprechen.***

Unsere Antwort: Jede Partei die konkrete Zahlen ins Grundsatzprogramm schreibt lügt - weil sich die Haushaltslage ständig ändert. Wir sind ehrlich: Prinzipien jetzt, Zahlen im Regierungshaushalt. Das ist seriöser als erfundene Präzision.

---

## **2. Interessengeleitete Aussenpolitik - Deutschland first durch Stärke**

---

**Deutschland first bedeutet nicht Isolation. Es bedeutet dass deutsche Aussen- und Wirtschaftspolitik primär deutschen Interessen dient - durch Stärke, nicht durch Scheckbuch-Diplomatie.**

### **Entwicklungshilfe: Prüfung statt Pauschalstopp**

Entwicklungshilfe wird nicht pauschal abgeschafft - aber grundlegend reformiert. Nur was deutschen Interessen dient wird weiter finanziert.

- Drastische Kürzung der Entwicklungshilfe und strikte Effizienzprüfung
- Gelder fließen nur noch wenn sie deutschen Interessen dienen: Rohstoffsicherung, Handelsabkommen, Rücknahmeabkommen bei Migration
- Reine Scheckbuch-Diplomatie ohne Gegenleistung wird eingestellt
- Humanitäre Soforthilfe bei Katastrophen bleibt möglich - per Parlamentsbeschluss
- Transparenzpflicht: Jede Zahlung wird öffentlich begründet und auf Wirkung geprüft

### **Waffenlieferungen und Militärhilfe**

- Deutschland bleibt verlässlicher NATO-Partner - Bündnisverpflichtungen werden eingehalten
- Waffenlieferungen in aktive Konfliktzonen werden kritisch geprüft - Diplomatie hat immer Vorrang
- Ziel ist Deutschland als starker Vermittler, nicht als Waffenlieferant
- Eingesparte Mittel fließen in die Modernisierung der Bundeswehr

### **EU-Zahlungen und europäische Partnerschaft**

- Deutschland bleibt verlässlicher EU-Partner - fordert aber umfassende Effizienzreform
- EU-Beiträge werden neu verhandelt: Gerechtere Lastenverteilung als klares Verhandlungsziel
- Subventionen für Länder die Rechtsstaatsprinzipien verletzen werden eingefroren
- Keine weiteren Sonderzahlungen ohne parlamentarische Zustimmung

### Was mit den eingesparten Mitteln passiert

- Infrastruktur - Strassen, Brücken, Schienen, ÖPNV
- Bildung und Kitaplätze
- Steuersenkungen für alle
- Bessere Bezahlung von Polizei, Feuerwehr, Pflege und Lehrern
- Rente und Krankenversorgung

---

### Häufige Gegenargumente und unsere Antworten:

#### ***Gegenargument: Deutschland verliert international an Einfluss.***

Unsere Antwort: Echter Einfluss entsteht durch wirtschaftliche Stärke und diplomatisches Gewicht - nicht durch bedingungslose Zahlungen. Länder die klare Eigeninteressen vertreten werden ernster genommen als solche die reflexartig zahlen.

#### ***Gegenargument: Das ist Isolationismus.***

Unsere Antwort: Nein. Wir bleiben NATO-Partner, EU-Mitglied und Handelspartner. Wir fordern aber Gegenseitigkeit. Das ist Realismus - kein Isolationismus.

---

## 3. Migration & Integration

---

### Gesteuerter Zuzug: Punktesystem nach kanadischem Vorbild

Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung - aber gesteuert und bedarfsorientiert. Das kanadische Punktesystem gilt weltweit als Massstab für faire und effiziente Zuwanderungspolitik.

- Einführung eines leistungsorientierten Punktesystems für Fachkräftezuwanderung
- Punkte für: Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter, Arbeitsmarktbedarf
- Zugang nur wenn echter Bedarf am deutschen Arbeitsmarkt besteht

- Sprachhürden: B1/B2 als Einreisevoraussetzung - Pflicht zur Verbesserung auf C1 innerhalb von zwei Jahren
- Sonderregelung Ärzte und Pflegepersonal: B2 bei Einreise, C1 vor erster Patientenbehandlung
- Handwerk und Mittelstand: B1 ausreichend für Einreise bei nachgewiesenem Bedarf

## Asyl und humanitärer Schutz

- Das Grundrecht auf Asyl bleibt - begrenzt auf echte politische und humanitäre Verfolgung
- Wirtschaftsmigration und Asyl werden klar getrennt
- Wer zur Ausreise verpflichtet ist wird konsequent abgeschoben
- Abschiebehaft für straffällig gewordene Ausreisepflichtige ausgebaut

## Integration als Pflicht

- Integrationsprogramme verpflichtend und massiv ausgebaut
- Wer dauerhaft keine Arbeit, keine Sprache, keine Integration zeigt - verliert den Aufenthaltstitel
- Wer straffällig wird verliert das Gastrecht - unabhängig von Aufenthaltsdauer
- Rückkehrprogramme für deutsche Fachkräfte aus dem Ausland

---

### Häufige Gegenargumente und unsere Antworten:

***Gegenargument: Ein Punktesystem bremst die dringend benötigte Zuwanderung.***

Unsere Antwort: Das Gegenteil ist richtig. Kanada mit Punktesystem hat eine deutlich höhere und passgenauere Fachkräftezuwanderung als Deutschland. Gesteuerter Zuzug ist effektiver als unkontrollierter.

---

## 4. Bildung & Wissenschaft

---

- Verbindliche Schullaufbahneempfehlung nach Klasse 4
- Keine Deckelung des Gymnasialzugangs - Potenzial entscheidet
- Sonderschulen und Förderzentren erhalten und ausgebaut
- Inklusion möglich - als freiwillige Option mit ausreichenden Ressourcen
- Kleinere Klassen durch mehr Lehrkräfte
- Digitale Bildung flächendeckend
- Bachelor/Master und Diplom/Magister können parallel existieren
- Wissenschaftsfreiheit ist unantastbar

## 5. Familie, Kinder & Gesellschaft

---

### Familienförderung

- Kinderbonus beim ersten Kind als Starthilfe
- Kitaplätze ab erstem Lebensjahr - kostenlos
- Elterngeld vereinfacht und ausgebaut
- Flexible Arbeitszeiten für Eltern gesetzlich verankert

### Gleichstellung & Lebensmodelle

- Biologisch zwei Geschlechter - Grundlage der Rechtspolitik
- Homo-, Bi- und Heterosexualität gleichwertig respektiert
- Transsexualität wird anerkannt und geschützt
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Leistung zählt - nicht Geschlecht oder Herkunft
- Keine staatlichen Quoten in der Privatwirtschaft

### Abtreibung

- Kein pauschales Verbot - in klar definiertem Zeitraum möglich
- Verpflichtende Beratung bleibt
- Bessere Unterstützung für Frauen in Konfliktsituationen

---

## 6. Wirtschaft, Arbeit & Steuern

---

### Steuern

- Einkommensteuer für alle Einkommensstufen senken
- Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten
- Bürokratiekosten massiv reduzieren
- Erbschaftsteuer für Familienbetriebe abschaffen
- Energiesteuern senken

### Gleiche Regeln für alle

- Gleiche Steuerregeln für alle - kein Steuerdumping durch Auslandsstrukturen

- Konzerne zahlen Steuern dort wo sie Gewinne erzielen
- Wettbewerbsrecht stärker durchsetzen - Monopole aktiv bekämpfen
- Keine Sonderbehandlung für Grosskonzerne gegenüber kleinen Betrieben

## Arbeitsmarkt & Bürgergeld

- Mindestlohn an Lebenshaltungskosten koppeln
  - Bürgergeld reformieren - Gegenleistung verpflichtend
  - Wer arbeitsfähig ist leistet Gemeindienste oder nimmt an Qualifizierung teil
  - Echte Bedürftigkeit wird schnell und unbürokratisch unterstützt
- 

## 7. Rente & Altersvorsorge

---

### Das BUD-Rentenmodell

- Nach 45 Arbeitsjahren: volle Rente ohne Abzüge und vollständig steuerfrei
- Rentenhöhe: mindestens 70 Prozent des durchschnittlichen Monatsnettolohns des gesamten Arbeitslebens
- Rentenzahlungen sind steuerfrei - Steuern wurden bereits auf Lohn und Gehalt entrichtet
- Früherer Renteneintritt möglich - mit gestaffelten Abzügen
- Wer länger als 45 Jahre arbeitet erhält einen Rentenbonus

### Altersarmut bekämpfen

- Mindestrente: wer ein Leben lang gearbeitet hat bekommt mehr als Bürgergeld
- Private Vorsorge steuerlich stärker fördern

### Pflege

- Pflegeberufe besser bezahlen
  - Eigenanteile in der stationären Pflege deckeln
  - Pflegende Angehörige steuerlich entlasten und sozial absichern
- 

## 8. Gesundheit & Bürgerversicherung

---

### Basis-Bürgerversicherung für alle - Ende der Zwei-Klassen-Medizin

**Gleiche Grundversorgung für alle - vom Azubi bis zum Manager, vom Beamten bis zum Selbstständigen. Private Zusatzversicherungen bleiben erhalten um Qualität zu sichern und Ärzte im Land zu halten.**

- Einführung einer Basis-Bürgerversicherung für alle Bürger - auch Beamte und Selbstständige
- Private Krankenversicherungen als Vollversicherung entfallen - aber Zusatzversicherungen für Wahlleistungen bleiben erlaubt
- Gleicher Prozentsatz des Einkommens für alle - keine Beitragsbemessungsgrenze
- Arbeitgeber zahlen weiterhin 50 Prozent des Beitrags
- Wettbewerb zwischen mehreren Kassen bleibt erhalten - fördert Qualität und Effizienz

### **Vollständige Grundversorgung**

- Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte vollständig abgedeckt
- Zahnarztbehandlungen komplett abgedeckt bei notwendigen Behandlungen
- Sehhilfen vollständig erstattet bei nachgewiesenem Bedarf
- Psychotherapie vollständig abgedeckt - Wartezeiten werden gesenkt
- Alle medizinisch notwendigen Medikamente vollständig erstattet
- Vorsorgeuntersuchungen für alle Altersgruppen kostenlos
- Hilfsmittel wie Rollstühle, Hörgeräte und Prothesen vollständig abgedeckt

### **Qualität und Versorgung**

- Ärztemangel auf dem Land aktiv bekämpfen: Landarztquote und Förderprogramme
- Krankenhäuser in ländlichen Regionen erhalten
- Wartezeiten senken durch mehr Studienplätze und bessere Vergütung
- Verwaltungskosten durch Vereinfachung senken - Geld geht in Versorgung

### **Ernährung & Prävention**

- Ernährungsbildung in Schulen als Pflichtfach
- Klare Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel
- Werbung für ungesunde Lebensmittel die sich an Kinder richtet wird verboten
- Prävention stärker finanzieren

---

#### **Häufige Gegenargumente und unsere Antworten:**

***Gegenargument: Ohne Privatpatienten wandern Ärzte ab.***

Unsere Antwort: Zusatzversicherungen bleiben erlaubt - Ärzte können weiterhin Wahlleistungen abrechnen. Gleichzeitig erhöhen wir die Grundvergütung und senken Bürokratie. Das hält Ärzte - nicht das Zwei-Klassen-System.

***Gegenargument: Das ist Sozialismus.***

Unsere Antwort: Nein - Zusatzversicherungen und Kassenwettbewerb bleiben erhalten. Das Modell entspricht dem der Niederlande und der Schweiz - beides keine sozialistischen Länder.

---

## 9. Innere Sicherheit & Rechtsstaat

---

### Polizei und Einsatzkräfte

- Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Ordnungsamt besser ausgestattet und bezahlt
- Mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum
- Angriffe auf Einsatzkräfte härter bestrafen

### Katastrophenschutz & Feuerwehr

- THW, Feuerwehr und Rettungsdienst massiv besser ausgestattet
- Freiwillige Feuerwehr: Ausrüstung, Ausbildung und Aufwandsentschädigungen deutlich angehoben
- Hauptamtliche Kräfte im Katastrophenschutz besser bezahlt
- Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen grundlegend verbessert
- BOS-Digitalfunk und Warnsysteme modernisiert und flächendeckend ausgebaut
- Regelmässige und verbindliche Katastrophenschutzübungen

### Strafrecht

- Härtere Mindeststrafen für Gewaltverbrechen, Sexualdelikte und Angriffe auf Einsatzkräfte
- Bewährungsstrafe bei Wiederholungstätern massiv eingeschränkt
- Sicherungsverwahrung ausbauen - wer eine Gefahr darstellt bleibt verwahrt
- Kindesmissbrauch: Höchststrafen und konsequente Sicherungsverwahrung
- Lebenslang bedeutet lebenslang bei schwersten Verbrechen
- Opferschutz massiv ausbauen

## Überwachung & Datenschutz

- Datenschutz ist ein hohes Gut - keine anlasslose Massenüberwachung
- Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen mit klarer gesetzlicher Grundlage
- Keine Vorratsdatenspeicherung ohne konkreten Verdacht

## Meinungsfreiheit

- Meinungsfreiheit unverhandelbar - gilt auch für unbequeme Meinungen
- Keine Gesinnungsprüfungen in staatlichen Institutionen
- Strafrecht gilt für echte Hetze - nicht für politisch unbequeme Meinungen

---

## 10. Medien, Pressefreiheit & Rundfunk

---

### Pressefreiheit

- Pressefreiheit ist absolut und unverhandelbar
- Volle Transparenz über Eigentümer und Finanzierung von Medien
- Keine politische Einflussnahme auf Redaktionen
- Medienkonzentration kartellrechtlich begrenzen

### Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

- Abschaffung des Pflichtbeitrags - kein Zwang mehr
- Freiwilliges Abo-Modell: Wer zahlt hat Zugang - wer nicht zahlt sieht nichts
- Ein schlanker öffentlich-rechtlicher TV-Sender und ein Radiosender
- Neutrale, ausgewogene Berichterstattung ohne politische Agenda
- Gehaltsexzesse bei Führungskräften gesetzlich begrenzen

---

## 11. Energie, Klima & Umwelt

---

- Erneuerbare Energien realistisch und bezahlbar ausbauen
- Kernkraft als Übergangsoption ernsthaft prüfen
- Kein abrupter Ausstieg aus fossilen Energien ohne Alternativen
- Energiepreise müssen bezahlbar bleiben
- Klimaschutz ja - technologieoffen und wirtschaftlich vertretbar
- Keine Verbote die den Alltag unverhältnismässig belasten
- Innovationen fördern statt Strafsteuern

## 12. Tierschutz & Landwirtschaft

---

### Tierschutz

- Härtere Strafen bei Tierqualerei
- Illegalen Welpenhandel und Qualzuchten konsequent bekämpfen
- Nutztierhaltung: Verpflichtende Mindeststandards anheben
- Massentierhaltung unter unzumutbaren Bedingungen schrittweise verbieten
- Tierschutzkontrollen häufiger und unangekündigt

### Landwirtschaft & regionale Versorgung

- Regionale Landwirtschaft aktiv stärken und fördern
- Direktvermarktung steuerlich und bürokratisch erleichtern
- Verbesserte Lebensmittelkennzeichnung - Herkunft und Haltungsform klar lesbar
- Deutsche Selbstversorgung bei Grundlebensmitteln als strategisches Ziel
- Kleine und mittelgroße Höfe gegenüber Agrarindustrie bevorzugt fördern

## 13. Wohnen & Infrastruktur

---

### Wohnen

- Sozialer Wohnungsbau massiv ausbauen
- Mieter vor willkürlichen Erhöhungen schützen
- Wohneigentum förderbar machen - gleiche Chancen für alle
- Bauvorschriften vereinfachen
- Leerstand steuerlich unattraktiv machen

### Verkehr & Infrastruktur

- Strassen, Schienen und Brücken massiv modernisieren
- ÖPNV auf dem Land ausbauen - kein Auto darf Pflicht sein
- Taktzeiten im ländlichen Nahverkehr verbessern
- Glasfaser und 5G flächendeckend
- Infrastrukturerhalt vor Neubau

## 14. Jugend, Verbraucherschutz & Soziales

---

### Jugend

- Jugendzentren und Sozialarbeit massiv ausbauen
- Schulsozialarbeiter in jeder Schule
- Klare Konsequenzen bei Jugendkriminalität - Fördern UND Fordern
- Jugendstrafrecht bei schweren Delikten verschärfen

### Verbraucherschutz

- Betrug und Täuschung haben harte Konsequenzen
- Lebensmittelkennzeichnung verbessern
- Produktsicherheit strenger kontrollieren
- Online-Betrug und falsche Bewertungen stärker verfolgen

---

## 15. Religion, Kirche & gesellschaftliches Leben

---

### Religion & Kirchensteuer

- Religionsfreiheit ist unantastbar
- Kirchensteuer wird auf freiwilliges Modell umgestellt
- Staatliche Leistungen an Kirchen aus historischen Verpflichtungen werden abgelöst
- Alle Religionsgemeinschaften werden gleich behandelt
- Neutrale Amtsführung hat Vorrang im öffentlichen Dienst

### Ehrenamt & Vereine

- Vereinsförderung massiv ausbauen - Sport, Kultur, Soziales, Feuerwehr
- Ehrenamtszuschüsse deutlich angehoben und steuerlich besser gestellt
- Bürokratie für Vereine drastisch reduzieren
- Bessere Unfall- und Haftpflichtabsicherung für Ehrenamtliche

### Drogen & Sucht

- Cannabis bleibt legal - Mindestalter und Mengenregeln werden verschärft
- Kein Cannabis in der Öffentlichkeit, bei Schulen und Kitas
- Prävention und Suchtberatung massiv ausbauen
- Härtere Strafen für illegalen Drogenhandel

## 16. Allgemeines Gesellschaftsjahr & Bundeswehr

---

### Allgemeines Gesellschaftsjahr für alle

Gesellschaftliche Verantwortung ist keine Frage des Geschlechts. Alle leisten einen Beitrag - das stärkt den Zusammenhalt und ist verfassungsrechtlich sauber.

- Einführung eines allgemeinen Gesellschaftsjahres für alle deutschen Staatsbürger ab 18 Jahren - unabhängig vom Geschlecht
- Dauer: 12 Monate - einheitlich für alle Wege

### Drei Wege - gleich lang, gleich anerkannt

- Weg 1 - Bundeswehr: Grundwehrdienst bei der Bundeswehr
- Weg 2 - Sozialer Dienst: Pflege, Krankenhaus, Behindertenbetreuung, Sozialeinrichtungen, Jugendarbeit
- Weg 3 - Katastrophenschutzdienst: Freiwillige Feuerwehr, THW, Rettungsdienst, Zivilschutz
- Jeder Bürger wählt selbst welchen Weg er einschlägt
- Alle drei Wege sind gesellschaftlich gleichwertig - kein Weg ist besser oder schlechter

### Rechte und Vergütung

- Angemessene Vergütung für alle Wege
- Vollständiger Sozialversicherungsschutz während des Dienstes
- Ausbildungs- und Studienplätze werden für die Dienstzeit freigehalten
- Dienstzeit wird auf Rente und Berufsausbildung angerechnet

### Bundeswehr modernisieren

- Bundeswehr wird massiv modernisiert und besser ausgestattet
- Zwei-Prozent-Ziel der NATO wird erreicht
- Bessere Bezahlung für Berufs- und Zeitsoldaten
- Gesellschaftliche Wertschätzung für den Dienst an der Gemeinschaft

---

### Häufige Gegenargumente und unsere Antworten:

***Gegenargument: Ein Pflichtdienst für alle ist verfassungswidrig.***

Unsere Antwort: Das Bundesverfassungsgericht hat eine allgemeine Dienstpflicht noch nicht grundsätzlich ausgeschlossen - entscheidend ist die Ausgestaltung. Unser Modell mit freier Wahl des Weges und gleicher Behandlung aller Geschlechter ist verfassungsrechtlich deutlich sicherer als eine reine Männerwehrrpflicht.

***Gegenargument: Das kostet zu viel.***

Unsere Antwort: Ein gut ausgeführtes Gesellschaftsjahr finanziert sich teilweise selbst: Pflegeeinrichtungen, Feuerwehren und soziale Einrichtungen erhalten dringend benötigte Kräfte. Die gesellschaftlichen Erträge - Zusammenhalt, Qualifikation, Bürgersinn - sind unbezahlbar.

---

## 17. Kommunalpolitik & ländlicher Raum

---

- Kommunen erhalten mehr Geld und weniger Vorschriften
  - Ländliche Räume gezielt fördern - Infrastruktur, Arztversorgung, Breitband, ÖPNV
  - Abwanderung durch Ansiedlungsanreize bekämpfen
  - Kommunale Selbstverwaltung stärken
  - Leerstand in Ortskernen durch Förderprogramme revitalisieren
- 

## 18. Digitalisierung & Bürokratieabbau

---

- Alle Behördengänge digital möglich
  - Ein Login für alle staatlichen Dienste
  - Bürokratiekosten um 30 Prozent reduzieren
  - Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen
  - Datenschutz bleibt gewahrt
  - Kommunen erhalten Unterstützung bei digitaler Transformation
- 

## 19. Europa & internationale Partnerschaft

---

- Deutschland bleibt verlässlicher NATO- und EU-Partner
  - EU-Reform: Effizienz, Subsidiarität, gerechtere Lastenverteilung
  - Gemeinsame europäische Migrationspolitik
  - Euro und Binnenmarkt bleiben
  - Deutschland als starker Vermittler in internationalen Konflikten
  - Aussenpolitik dient deutschen und europäischen Interessen - durch Stärke nicht durch Isolation
-

## 20. Demokratie, Rechtsstaat & Transparenz

---

- Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Bundesebene
  - Volle Transparenz: Nebeneinkünfte, Lobbyismus, Parteispenden offenlegen
  - Amtszeitbegrenzungen für Spitzenpolitiker prüfen
  - Kommunale Selbstverwaltung stärken
  - Nulltoleranz bei Korruption
  - Unabhängige Antikorruptionsbehörde
  - Whistleblower erhalten echten gesetzlichen Schutz
- 

## Unser Versprechen an Deutschland

---

Die Bürgerunion Deutschland verspricht keine Wunder. Wir versprechen ehrliche Politik, die anpackt was andere verschieben.

**Dieses Programm ist ein lebendiger Entwurf. Wer mitmacht gestaltet mit. Wir sind noch nicht fertig - und das ist gut so.**

Wir sind weder rechts noch links. Wir sind die harte Mitte. Pragmatisch. Sozial. Gerecht. Realistisch. Und immer auf der Seite der Bürger.

- Keine leeren Versprechen - nur was umsetzbar ist steht im Programm
- Bürgernäher Politikstil - wer uns kritisiert wird gehört
- Konsequenz statt Klientelpolitik
- Schuldenabbau statt Schuldenmachen - Generationengerechtigkeit ist Pflicht
- Respekt für jeden Bürger - unabhängig von Meinung, Herkunft oder Lebensmodell

**Deutschland kann mehr. Wir fangen an.**